



Brüssel, den 23.02.2024. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen erklärte sich in dieser Woche offen, in der nächsten Legislaturperiode mit der EKR-Fraktion zusammenzuarbeiten. Konkret sagte sie, dass Koalitionen von den politischen Inhalten der Parteien abhängen würden und benannte ein klares Bekenntnis zur Nato und der Rechtsstaatlichkeit als zentrale Voraussetzungen.

Bereits in den vergangenen Monaten zeichnete sich ein Bruch der Christdemokraten im Europäischen Parlament mit den Grünen ab. Die EVP stimmte zuletzt vermehrt gemeinsam mit der EKR gegen schärfere Umwelt- und Verkehrsgesetze. Auch hinsichtlich des geplanten Verbrenner-Aus zeigte man sich zuletzt gesprächsbereit und kündigte an, dieses bis 2026 kritisch prüfen zu wollen.

In einer gestrigen Umfrage bot ich meinen Followern auf Instagram die Gelegenheit eine mögliche Koalition aus EKR und EVP zu bewerten. 71 Prozent der Befragten sprachen sich dabei für eine engere Zusammenarbeit beider Fraktionen aus.

Ich verstehe das große Misstrauen, dass viele Konservative und Liberale aufgrund vieler katastrophalen Fehlentscheidungen in den vergangenen Jahren gegenüber der Kommission um Ursula von der Leyen hegen. Treiber dieser Beschlüsse waren dabei fast immer Grüne und Sozialisten.

Die Perspektive auf ein Bündnis aus Liberalen, Christdemokraten, Konservativen und Reformern in der nächsten Legislatur bietet hingegen die Möglichkeit echten politischen Wandels. Anders als die AfD oder das BSW hätte Bündnis Deutschland die Möglichkeit, Entscheidungsprozesse im EU-Parlament aktiv mitzugestalten und deutsche Interessen zu vertreten. Eine starke Vertretung unserer Partei in der EKR-Fraktion muss daher zentrales Anliegen aller Bürger sein, die sich grundlegende Reformen in der EU wünschen, ohne das Projekt aufgeben zu wollen. Wir treten an, um Missstände zu beheben, die AfD und BSW nur kritisieren können.